



# GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

3. Quartal 2021

---

Rückblick  
Herbstsession  
2021

---

Weitere  
gesundheitspolitische  
Themen

---

EIN SERVICE VON



**MSD**

INVENTING FOR LIFE

# Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 13. September bis 01. Oktober 2021 trafen sich die eidgenössischen Räte zur Herbstsession. Drei intensive Wochen, an deren Ende sie 27 Vorlagen verabschieden konnten. Dazu zählen der indirekte Gegenvorschlag zur Organspende-Initiative und die neue Gesetzesvorlage für die Regelung der Tabakwerbung. Auf der Agenda standen auch Antibiotikaresistenzen, die Digitalisierung im Gesundheitswesen und die Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten. Die wichtigsten Informationen dazu erhalten Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Im zweiten Teil erhalten Sie einen Überblick über weitere Geschäfte des Bundesrates, die nicht in der Session besprochen wurden, sowie über aktuelle gesundheitspolitische Themen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), des Bundesamtes für Statistik (BfS) und von Swissmedic. Dabei geht es unter anderem um die Förderung des elektronischen Patientendossiers und um den Vergleich der Schweizer Zulassungszeiten für Humanarzneimittel mit der EU und den USA.

Schliesslich möchten wir uns herzlich für die Teilnahme an der Umfrage zum Gesundheitspolitischen Kompass bedanken. Ihre Rückmeldung haben wir gerne berücksichtigt und in dieser Ausgabe umgesetzt.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

# Die wichtigsten Begriffe

## Parlament

Das Schweizer Parlament ist die Legislative auf Bundesebene mit Sitz in Bern (Bundeshaus). Es besteht aus zwei Kammern: dem National- und dem Ständerat.

### – Nationalrat

Der Nationalrat besteht aus 200 Abgeordneten. Diese vertreten das Schweizer Volk. Je mehr Menschen in einem Kanton leben, umso mehr Vertreterinnen und Vertreter hat dieser im Nationalrat.

### – Ständerat

Der Ständerat setzt sich aus 46 Mitgliedern zusammen; sie vertreten die Schweizer Kantone. Jeder Kanton ist mit zwei Mitgliedern vertreten; die sechs ehemaligen Halbkantone haben nur je einen Sitz.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier versammeln sich regelmässig während den Sessionen, vorwiegend um Bundesgesetze zu verabschieden. Ein grosser Teil der Arbeiten des Parlaments wird ausserhalb der Sessionen im Rahmen der parlamentarischen Kommissionen erledigt. Diese Kommissionen haben die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Geschäfte vorzubereiten und ihrem Rat Antrag zu stellen.

## Parlamentarische Instrumente (Auszug)

### – Motion

Eine Motion verpflichtet den Bundesrat dazu, innerhalb von zwei Jahren ein Gesetz auszuarbeiten oder eine bestimmte Massnahme zu ergreifen. Einer Motion müssen beide Räte zustimmen.

### – Postulat

Ein Postulat verpflichtet den Bundesrat dazu, ein Gesetz zu überprüfen und allfällige Änderungen vorzuschlagen.

### – Geschäft des Bundesrates

Ein dem Bundesrat vom Parlament erteilter Auftrag.

### – Volksinitiative

Die eidgenössische Volksinitiative ist ein politisches Instrument, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, die Bundesverfassung zu ändern. Bundesrat und Parlament können ihr einen direkten Gegenentwurf oder einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Die Initiative wird zur Abstimmung unterbreitet; es sei denn, die Initiantinnen und Initianten ziehen die Initiative zurück.



# Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Herbstsession 2021.

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

19.4180 Motion | Eingereicht von Filippo Lombardi (CVP)

## Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten

Status: von beiden Räten angenommen.

Die Gesundheitskosten steigen unaufhaltsam an, insbesondere aufgrund der Alterung der Bevölkerung, der Fortschritte in der Medizin und der Fehlanreize bei der Finanzierung der Spitalbehandlungen. Das heutige System zur Überwachung der künftigen Entwicklung der Gesundheitskosten, mit dem die Versicherer betraut sind, sowie deren jährliche Prämienberechnung sind undurchsichtig. Das muss geändert werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vorzulegen, die den Kantonen erneut das Recht einräumt, auf die Buchhaltungsdaten zuzugreifen, die der Prämienberechnung der Versicherer zugrunde liegen, und Stellung dazu zu nehmen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194180>

KOSTEN

21.3700 Motion | Eingereicht von Jakob Stark (SVP)

## Marktrückzüge von bewährten und günstigen Arzneimitteln stoppen – Versorgungssicherheit besser berücksichtigen

Status: eingereicht im Ständerat. An die Kommission zur Vorberatung zugewiesen.

Versorgungsstörungen und Marktrückzüge, insbesondere bei kostengünstigen Arzneimitteln, nehmen seit Jahren zu. Die Corona Pandemie hat diese Lage drastisch verschärft. Innerstaatliche Eingriffe in die Preisbildung bei «well established use», Generika und patentabgelaufenen Arzneimitteln, wo der Wettbewerb funktioniert und sogar Parallelimporte möglich sind, schaden der Patientenversorgung in der Schweiz.

1. Der Bundesrat wird beauftragt, das EDI anzuweisen, die laufenden Überprüfungen 2021 für die Arzneimittel der Spezialitätenliste per sofort zu stoppen, bei denen sämtliche Präparate einer Einheit (bzw. Gamme) unter einem Fabrikabgabepreis von 20 Franken liegen. Die Preise sollen bis zum Vorliegen einer angepassten Regelung auf dem Niveau von 2018 belassen werden
2. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 65 d Absatz 1 KVV (SR 832.102) so anzupassen, dass die periodischen Überprüfungen der Arzneimittelpreise ab 2022 effizient, differenziert und wirtschaftlich sinnvoll erfolgen und dass auch die Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit vom Produktionsstandort Asien berücksichtigt werden. Bei fehlender gesetzlicher Grundlage zur Berücksichtigung der Versorgungssicherheit, insbesondere in Notlagen, ist das KVG entsprechend anzupassen.
3. Wenn sämtliche Arzneimittel einer Einheit (bzw. Gamme) einen Fabrikabgabepreis von 20 Franken unterschreiten, sollen die Überprüfungen der Arzneimittelpreise entfallen, zumindest aber nur alle zehn Jahre erfolgen. In begründeten Fällen kann von dieser Regelung abgewichen werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213700>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

COVID-19

21.3963 Motion	Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR
<b>Revision des Epidemien-gesetzes bis Ende Juni 2023</b>	
Status: vom Nationalrat angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zur Revision des Epidemien-gesetzes (EpG) zu unterbreiten. Dabei sollen die Erkenntnisse der COVID-19-Pandemie in die Gesetzes-revision einfließen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213963>

PATIENTENSICHERHEIT

15.075 Geschäft des Bundesrates
<b>Bundesgesetz über Tabakprodukte</b>
Status: in der Schlussabstimmung angenommen.

Die Revision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte ist Gegenstand einer jahrelangen Diskussion. Während über das landesweite Verkaufsverbot von Tabakwaren an unter 18-Jährige Einigkeit besteht, ist einer der Streitpunkte das in der hängigen Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» geforderte Werbeverbot.

In der Herbstsession konnten nun die letzten Differenzen einer neuen Gesetzesvorlage bereinigt werden. Das Parlament einigte sich auf ein Tabakproduktegesetz mit neuen Werbe- und Sponsoringvorschriften.

Laut der Mehrheit des Parlaments handelt es sich bei der fertig diskutierten Vorlage um einen gangbaren Kompromiss, der wichtige Anliegen der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» aufgenommen hat. Gesundheitsminister Alain Berset bezeichnet die Vorlage hingegen als keinen grossen Fortschritt. Die Initianten der Volksinitiative bezeichnen den indirekten Gegenvorschlag als «Alibiübung». Kinder und Jugendliche könnten nur dann wirkungsvoll vor dem Einstieg in den Tabakkonsum geschützt werden, wenn Werbung und Sponsoring sie nicht erreiche. Der Gesetzesentwurf biete zu viele Möglichkeiten für die Bewerbung von Nikotin- und Tabakprodukten. Gerade diejenigen Werbemassnahmen, die Jugendliche am stärksten erreichten, blieben mit der Gesetzesrevision weiterhin erlaubt.

Die Initiative könnte 2022 zur Abstimmung vors Volk kommen. Sie wird von Bundesrat und beiden Räten zur Ablehnung empfohlen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150075>



Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

PATIENTENSICHERHEIT

18.4210 Motion

Eingereicht von Ruth Humbel (Die Mitte. EVP.)

### Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, einen gesetzlichen Vertraulichkeitsschutz für Bericht- und Lernsysteme in Spitälern wie Cirs-Systeme, Peer Reviews, Qualitätszirkel, klinische Audits und Momo-Konferenzen zu schaffen. Mit einer gesetzlichen Grundlage ist sicherzustellen, dass zu Lernzwecken dokumentierte Ereignisse nicht von Gerichten verwendet werden können. Wichtig ist zudem eine Abgrenzung zur Krankenakte sowie zu einem allfälligen Schadenfallregister, in dem schwerwiegende Zwischenfälle erfasst werden.

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Motion angenommen. Der Auftrag an den Bundesrat ist somit erteilt.

Relevant u. a. für Spitäler

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184210>

VERSORGUNG

20.090 Geschäft des Bundesrates

### Organspende fördern – Leben retten. Volksinitiative. Transplantationsgesetz. Änderung

Status: in der Schlussabstimmung angenommen.

Heute gilt in der Schweiz bei der Organspende die Zustimmungslösung: Eine Organspende kommt nur dann infrage, wenn die verstorbene Person zu Lebzeiten einer Spende zugestimmt hat. Liegt keine Willensäusserung vor, müssen die Angehörigen entscheiden. Am 22. März 2019 wurde die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» eingereicht, die eine Widerspruchslösung einführen will: wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten müssen. Der Bundesrat hat am 13. September 2019 einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet. Wie die Initianten will auch der Bundesrat die Widerspruchslösung einführen. Er will diese aber im Gesetz verankern und gleichzeitig die Rechte der Angehörigen wahren. Angehörige sollen eine Organspende ablehnen können, wenn diese dem mutmasslichen Willen der verstorbenen Person entspricht.

In der Schlussabstimmung stimmten beide Räte dem indirekten Gegenvorschlag zu und empfehlen die Volksinitiative zur Ablehnung. Sollte die Volksinitiative nicht zurückgezogen werden, wird es zu einer Volksabstimmung kommen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200090>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

VERSORGUNG

21.3962 Postulat

Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Hürden für die Spitalwahl ausserhalb des Wohnkantons abbauen

Status: vom Nationalrat angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie die Hürden, welche die freie Spitalwahl beeinträchtigen, beseitigt werden können und ein gewisser Wettbewerb zwischen den Listenspitälern der Kantone gewährleistet werden kann. Dabei sind die gesetzgeberischen Ziele der neuen Spitalfinanzierung durchzusetzen: insbesondere, dass Spitäler und Kliniken einzig auf der Spitalliste des Standortkantons stehen müssen und, dass Versicherte bei Wahleingriffen Zugang zu allen Listenspitälern der Schweiz haben und sowohl vom Wohnsitzkanton wie von der Krankenversicherung den Beitrag zu Gute haben, den sie bei einer Behandlung im Wohnsitzkanton kosten würden.

Relevant v. a. für Spitäler und Kliniken, Schweizer Bevölkerung, Krankenversicherungen, Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213962>

VERSORGUNG

19.3861 Motion

Eingereicht von Maya Graf (Grüne Partei)

One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen

Status: von beiden Räten angenommen.

Die stark zunehmende Verbreitung antibiotikaresistenter Keime bei Menschen, Tieren und in der Umwelt stellt eine der grössten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte dar. Die Schweiz engagiert sich seit mehreren Jahren im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms «Antimikrobielle Resistenz» (NFP 72) und der nationalen Strategie Antibiotikaresistenz (Star) für einen sektorübergreifenden, One-Health-orientierten Ansatz zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz.

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, seine One-Health-Strategie mit einer systemischen Erforschung der Verbreitung der Antibiotikaresistenzen bei Mensch, Tier und in der Umwelt zu verstärken, um aus den Erkenntnissen eine Strategie zur Ursachenbekämpfung zu entwickeln.

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Motion angenommen. Der Auftrag an den Bundesrat ist somit erteilt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193861>

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

VERSORGUNG

21.3698 Motion	Eingereicht von Eva Herzog (SP)
<b>Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemieggesetzes</b>	
Status: vom Ständerat angenommen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Die wirksamsten Massnahmen gegen eine Pandemie sind Einschränkungen der Mobilität und der zwischenmenschlichen Kontakte – bis wirksame Impfstoffe und Medikamente zur Verfügung stehen. Die Covid-19-Pandemie wird nicht die letzte ihrer Art sein, wir müssen davon ausgehen, dass uns Epidemien auch in Zukunft begleiten werden. Jetzt ist der Zeitpunkt, Lehren zu ziehen aus der Krise. Ein Aspekt betrifft die Grenzregionen der Schweiz auf besondere Weise. Der Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU wird die Situation der Grenzregionen nicht vereinfachen in den kommenden Jahren.

Gemäss der Motion soll das Epidemieggesetz (Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen 818.101) so ergänzt werden, dass der Bundesrat bei Grenzschiessungen die notwendigen Massnahmen ergreifen kann, damit die Reisefreiheit und Mobilität der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie der Einwohnerinnen und Einwohner, die eine besondere persönliche, familiäre oder berufliche Bindung zum Grenzgebiet haben, bestmöglich gewährleistet bleiben.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213698>

DIGITALISIERUNG

21.3957 Motion	Eingereicht von Erich Ettlín (Die Mitte Fraktion. Die Mitte. EVP.)
<b>Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen!</b>	
Status: vom Ständerat angenommen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Die Schweiz gerät im internationalen Vergleich ins digitale Hintertreffen und rangiert zum Beispiel im vergleichenden Bertelsmann Digital-Health-Index auf den hintersten Plätzen der OECD- und EU-Länder. Die Komplexität des schweizerischen Gesundheitssystems und der Föderalismus erklären unsere Unterlegenheit nur unzureichend: es fehlt an Führung, Strategie, Struktur und dem politischen Willen, die Digitalisierung voranzutreiben.

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die digitale Transformation im Gesundheitswesen endlich substanziell voranzubringen und sich dabei an der Wirkung anderer erfolgreich digitalisierter Gesundheitssysteme der OECD zu orientieren.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213957>





# Weitere gesundheitspolitische Themen im 3. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über weitere Geschäfte des Bundesrates, die nicht in der Session besprochen wurden, sowie über aktuelle gesundheitspolitische Themen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), des Bundesamtes für Statistik (BfS) und von Swissmedic.

## Bundesrat schlägt Kostenübernahme von medizinischen Produkten aus dem Ausland vor

KOSTEN

Bundesrat

Bezieht eine in der Schweiz durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) versicherte Person Mittel und Gegenstände im Ausland, werden die Kosten heute von der OKP grundsätzlich nicht übernommen (Territorialitätsprinzip). Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. September 2021 beschlossen, dass die Krankenversicherer die Kosten für bestimmte im Ausland bezogene Produkte wie Verbandmaterial oder Inkontinenzhilfen künftig vergüten sollen. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) damit beauftragt, die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu erarbeiten.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-84919.html>

## Der Bundesrat verabschiedet Botschaft für Gegenentwurf zur Prämien-Entlastungs-Initiative

KOSTEN

Bundesrat

Der Bundesrat will die Finanzierung der Prämienverbilligung der Krankenversicherung verbessern. An seiner Sitzung vom 17. September 2021 hat er die Botschaft verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Er lehnt die Initiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» ab und legt einen indirekten Gegenvorschlag vor. Der Beitrag jedes Kantons an die Prämienverbilligungen soll einem Mindestprozentsatz der Gesundheitskosten entsprechen.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Krankenversicherungen, Kantone

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-85142.html>

## Krankenversicherung: Mittlere Prämie sinkt 2022 zum ersten Mal seit 2008

KOSTEN

Bundesamt für Gesundheit  
BAG

Die Belastung der Schweizer Haushalte durch die Krankenkassenprämien sinkt 2022 deutlich. Dies ist auf einen Rückgang der mittleren Prämie um 0.2 % und einen Reserveabbau im Umfang von 1.2 % dieser mittleren Prämie zurückzuführen. Die Massnahmen, die der Bundesrat getroffen hat, um die Versicherer zu einem Reserveabbau zu bewegen, haben sich als wirksam erwiesen. Die Versicherer haben zudem auf der Basis der für 2022 erwarteten Kosten die Prämien knapp kalkuliert. Der Bundesrat ist gleichwohl der Ansicht, dass der Reserveabbau in den kommenden Jahren fortgesetzt werden muss, und dass Reformen weiterhin notwendig sind, um die Gesundheitskosten einzudämmen.

Relevant u. a. für Prämienzahler/-innen, Kantone

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-85284.html>

COVID-19

### Bundesrat und Parlament empfehlen Covid-19-Gesetz zur Annahme

Bundesrat

Am 28. November 2021 entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das Covid-19-Gesetz. Mit dem Gesetz können die von der Pandemie betroffenen Menschen und Unternehmen unterstützt werden. Das Parlament hat das Gesetz mehrmals dem Verlauf der Pandemie angepasst. Es hat unter anderem Finanzhilfen ausgeweitet und die rechtlichen Grundlagen für das Covid-Zertifikat geschaffen. Gegen die Anpassungen vom März 2021 wurde das Referendum ergriffen.

Relevant u. a. für Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-85264.html>

PATIENTENSICHERHEIT

### Elektronisches Patientendossier: Bundesrat will die Verbreitung und Nutzung gezielt fördern

Bundesrat

Mit dem elektronischen Patientendossier (EPD) sollen die Qualität der medizinischen Behandlung gestärkt, die Behandlungsprozesse verbessert, die Patientensicherheit erhöht und die Effizienz des Gesundheitssystems gesteigert werden. Der Bundesrat will deshalb die Verbreitung und Nutzung des EPD gezielt fördern. In seinem an der Sitzung vom 11. August 2021 verabschiedeten Bericht schlägt er eine Reihe von Massnahmen vor.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-84644.html>

VERSORGUNG

### Nationales Programm HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen um zwei Jahre verlängert

Bundesrat

Die Erarbeitung des Folgeprogramms des Nationalen Programms HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (NPHS) wurde im Frühling 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie sistiert. Der Bundesrat hat daher an seiner Sitzung vom 25. August 2021 das aktuelle NPHS um zwei Jahre bis Ende 2023 verlängert. Das NPHS soll die Zahl der Neuinfektionen senken und die gesundheitsschädigenden Folgen für die infizierten Personen minimieren.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Forschung, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-84826.html>

VERSORGUNG

### Ausführungsverordnung für erleichterten Zugang zu Behandlungen mit Medizinalcannabis in der Vernehmlassung

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 25. August 2021 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Umsetzung der vom Parlament verabschiedeten Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) eröffnet. Die Änderung soll den Zugang zu Behandlungen mit therapeutischem Cannabis erleichtern. Eine Verschreibung setzt in Zukunft nicht mehr die Erteilung einer Ausnahmegewilligung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) voraus. Cannabis zu Genusszwecken ist hingegen weiterhin verboten.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-84824.html>

### Executive Summary – Benchmarking 2021: Vergleich der Schweizer Zulassungszeiten für Humanarzneimittel mit der EU und den USA

Swissmedic

Die pharmazeutischen Firmen und Swissmedic haben 2021 zum achten Mal die gemeinsame Benchmarking Studie der Zulassungszeiten für Humanarzneimittel durchgeführt. Mit der Gegenüberstellung der Zulassungszeiten der European Medicines Agency (EMA), der US Food and Drug Administration (FDA) und Swissmedic konnte die Leistung der Swissmedic als unabhängige nationale Zulassungsbehörde mit den Leistungen der grossen, internationalen Referenzbehörden verglichen werden. Neben dem internationalen Benchmarking enthält die Studie auch eine differenzierte Analyse der nationalen Zulassungsprozesse.

#### (...) Neuanmeldungen neuer aktiver Substanzen (NA NAS)

Bei den NA NAS Gesuchen ist eine vermehrte Anwendung der beschleunigten Zulassungsverfahren (...) von 25 Prozent (im Vorjahr 8 Prozent) feststellbar. Entsprechend ging die Gesamtdurchlaufzeit aller Verfahren gegenüber dem Vorjahr um beachtliche 20 Prozent zurück (427 Kalendertage [KT] im Vergleich zu 532 KT im Vorjahr). Swissmedic ist damit nahe an die EMA herangerückt (395 KT). Im Standardverfahren liegt der Medianwert für die Gesamtdurchlaufzeit in der Schweiz bei 535 KT (-4 Prozent), jener der EMA bei 459 KT (+14 Prozent) und der FDA bei 305 KT (-4 Prozent). (...)

#### Indikationserweiterungen (IE)

Über alle Verfahren für Indikationserweiterungen liegt der Medianwert in der Schweiz bei 358 KT (-6 Prozent), bei der EMA bei 270 KT (-10 Prozent) und bei der FDA bei 184 KT ( $\pm 0$  Prozent). Im Standardverfahren beträgt der Medianwert in der Schweiz unverändert 382 KT ( $\pm 0$  Prozent), bei der EMA 270 KT (-9 Prozent) und bei der FDA 303 KT ( $\pm 0$  Prozent). (...)

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Krankenversicherungen, Pharmaindustrie


Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/humanarzneimittel/authorisations/informationen/studie-zulassungszeiten-ham-schweiz-2021.html>

### Medizinisches Kodierungshandbuch. Der offizielle Leitfaden der Kodierrichtlinien in der Schweiz

Im Rahmen der Medizinischen Statistik werden sämtliche stationären Spitalaufenthalte erfasst. Die Erhebung, die in allen Krankenhäusern und Kliniken durchgeführt wird, umfasst neben administrativen Daten und soziodemografischen Merkmalen der Patientinnen und Patienten auch die Diagnosen und Behandlungen. Um diese Informationen zu erfassen, werden zwei medizinische Klassifikationen verwendet. Es handelt sich dabei um die ICD-10-GM für die Diagnosen und die Schweizerische Operationsklassifikation (CHOP) für die Behandlungen. Die Kodierung der Diagnosen und Behandlungen unterliegt präzisen Richtlinien. Der Bereich Medizinische Klassifikationen des Bundesamtes für Statistik (BFS) redigiert, überprüft und passt diese Regeln allenfalls an, pflegt die obengenannten Klassifikationen und unterstützt alle, die sich mit der Kodierung befassen. Das Kodierungshandbuch beinhaltet alle Kodierrichtlinien, die bis zu seiner Genehmigung veröffentlicht wurden. Das Kodierungshandbuch ist die Grundlage für die Kodierung.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzte/-innen, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.assetdetail.19087987.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

# Ausblick

## Wintersession

Vom 29. November – 17. Dezember 2021 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession.

## Volksabstimmung vom 28. November 2021

Am 28. November 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen ab.

### Pflegeinitiative

Die Initiative verlangt, dass Bund und Kantone die Pflege fördern. Es soll genügend diplomierte Pflegefachpersonen geben und in der Pflege tätige Personen sollen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden. Auch verlangt die Initiative, dass der Bund die Arbeitsbedingungen regelt und für eine angemessene Abgeltung sorgt. Ausserdem sollen Pflegefachpersonen gewisse Leistungen direkt zulasten der Krankenkasse abrechnen können.

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20211128/pflegeinitiative.html>

### Justiz-Initiative

Die Justiz-Initiative will ein neues Wahlverfahren einführen: Die Bundesrichterrinnen und Bundesrichter sollen künftig durch das Los bestimmt werden. Wer am Losverfahren teilnehmen darf, entscheidet eine Fachkommission. Sie soll nur Personen zum Losentscheid zulassen, die sich fachlich und persönlich für das Richteramt eignen. Die Amtssprachen müssen dabei am Bundesgericht angemessen vertreten sein. Die Bundesrichterrinnen und Bundesrichter könnten ihr Amt bis fünf Jahre über das ordentliche Rentenalter hinaus ausüben. Anders als heute müssten sie sich keiner Wiederwahl stellen. Das Parlament könnte Richterinnen und Richter nur dann abberufen, wenn diese ihre Amtspflichten schwer verletzt haben oder dauerhaft nicht mehr fähig sind, das Amt auszuüben.

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20211128/justizinitiative.html>

## Änderung des Covid-19-Gesetzes vom 19. März 2021

Seit das Parlament im September 2020 das Covid-19-Gesetz verabschiedet hat, legt dieses fest, mit welchen zusätzlichen Massnahmen der Bundesrat die Pandemie bekämpfen und wie er wirtschaftliche Schäden eindämmen soll. Als Reaktion auf die Entwicklung der Krise wurde das Gesetz mehrmals angepasst. Nach einem Referendum nahm die Stimmbevölkerung das Gesetz am 13. Juni 2021 mit 60 Prozent an. Am 28. November wird ein Teil des Gesetzes erneut zur Abstimmung vorgelegt, nachdem ein weiteres Referendum zustande gekommen ist. Es geht dabei um die Anpassungen, die das Parlament im März 2021 beschlossen hat.

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20211128/aenderung-vom-19-maerz-2021-des-covid-19-gesetzes.html>